

agold
2 Uhr findet
aufes hier
1042
elaben wird.

agold
qu unseren
t-
n
1. Oktober 1932

ebenernte
mische und
iele, ernste
1044
ntritt frei!

suppe
schaft.
1051

em Wein.
ng ist geforgt.

Montag
tte
1057



1050

b. H.

Der Gesellschaftler

Amts- und Angeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten „Feierstunden“
„Meinere Heimat“ vom Tage.

Bezugspreis: ...
Erscheinung an jedem Werttag - Verbreitungs-
Zeitung im Oberamtsbezirk - Schrift-
leitung, Druck und Verlag von G. W. Joller
(Inh. Karl Joller) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage:
„Haus, Garten und Landwirtschaft“

Einzelnenpreis: 1 spaltige Drogel-Zeile oder
deren Raum 20 J. Familien-Anzeigen 15 J.
Reklamagelbe 20 J. Sammel-Anzeigen 50%
Rufschlag - für das Erscheinen von Anzeigen
in bestimmten Ausgaben und an besonderen
Plätzen, wie für Telefon-Anrufe und Abfrage-
Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Belag-Adresse: Gesellschaftler Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postk.Rto. Stuttgart 5118

Nr. 243 Montag, den 17. Oktober 1932 Heftnummer 29 106. Jahrgang

Die Biermächtekonferenz noch heimatlos

Deutschland hat bekanntlich die Einladung zu einer Biermächtekonferenz in London angenommen. Diese Konferenz ist an dem Widerstand Frankreichs gescheitert, das weder mit diesem Konferenzgremium noch mit der Zusammenfassung der Konferenzteilnehmer einverstanden war. Mac Donald hat nachgegeben. Deutschland hat nun seinerseits Genf abgelehnt. Nicht grundsätzlich. In einer halbamtlichen Mitteilung wurde erklärt, daß auch Genf vielleicht in Frage kommen könnte, wenn nämlich die Gleichberechtigungsfrage vorher geregelt wäre, damit Deutschland nicht Gefahr laufe, durch eine Hintertür in eine Art Abrüstungskonferenz hineingezogen zu werden. Ueber die Gleichberechtigung soll aber gerade erst auf der Biermächtekonferenz gesprochen werden, die Ablehnung Genfs für diese Konferenz ist also wohl als endgültig anzusehen.

Für das Zustandekommen der Biermächtekonferenz scheint somit die Frage des Tagungsorts im Augenblick die einzige Schwierigkeit zu sein. Die englische Regierung soll sich nicht bedingungslos auf Genf festgelegt haben, auch ein anderer Ort wäre ihr genehm. Daselbe gilt wohl auch für die italienische Regierung. Herriot dagegen beharrt auf Genf, weil er auch äußerlich durch den Zusammenhang der Gleichberechtigungsfrage mit dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz festgehalten wissen will. Daß deshalb aber die Biermächtekonferenz nur in Genf und nirgendwo anders stattfinden könne, ist eine eigenartige Marotte Herriot's. Ueber die Gleichberechtigung könnte ebenso gut an jedem andern Ort verhandelt werden - wenn es mit dieser Frage überhaupt ernst ist und wenn er nicht etwa die Weigerung Deutschlands als willkommenen Grund für das Scheitern der ihm unangenehmen Konferenz verschleiern wollte. Der wahre Schuldige ist und bleibt doch Herriot.

Die im Augenblick noch heimatlose Konferenz wird nur vier Mächte als Teilnehmer sehen. Die Pariser amtliche Mitteilung sagt nichts von einer Einladung an die Washingtoner Regierung, einen „Beobachter“ zu entsenden. Ist, was die Vereinigten Staaten angeht, der Kreis der Teilnehmer mithin noch offen, so ist er aber bereits geschlossen, soweit andere Staaten in Frage kommen. Polen, die Tschechoslowakei, Südslawien und Belgien haben, zweifellos auf Veranlassung Herriot's, einen Anspruch auf die Heranziehung zur Konferenz geltend gemacht. Die Reichsregierung hat ausdrücklich erklärt, daß deren Hinzuziehung für sie kein Grund zur Ablehnung der Beschlüsse der Konferenz darstellen würde. In der Tatsache, daß diese Staaten nunmehr ausgeschlossen bleiben, kann man vielleicht einen deutschen Erfolg erblicken. Es darf auch ruhig ausgesprochen werden, daß das deutsche Volk es peinlich empfunden hätte, diese kleinen Staaten an den Erörterungen über seine Gleichberechtigung beteiligt zu sehen.

Der materielle Inhalt der Biermächtekonferenz ist in der amtlichen Mitteilung genau umschrieben: sie soll die Schwierigkeiten beseitigen, die auf der Abrüstungskonferenz durch das Fernbleiben Deutschlands entstanden ist. Der Grund für die Reichsregierung zur vorläufigen Abzug an die Abrüstungskonferenz liegt in der Tatsache, daß die Hauptmächte in dem Zeitpunkt, wo die Reichsregierung im Allgemeinen Ausschluß der Abrüstungskonferenz ihre bekannte Erklärung abgegeben ließ, entschlossen waren, Deutschland Gleichberechtigung nicht zuzugestehen. Diese Tatsache muß beseitigt werden, bevor Deutschland wieder zur Abrüstungskonferenz zurückkehrt. Das ist die Aufgabe der Biermächtekonferenz. Die Reichsregierung lehnt eine Behandlung der Gleichberechtigungsfrage durch irgendwelche Organe des Völkerbunds, von denen auch die Abrüstungskonferenz eines ist, ab. Eine Behandlung dort würde sich auch erübrigen, wenn Deutschland grundsätzliche Gleichberechtigung erhält und die Feststellung seines Rüstungsstands wie des Rüstungsstands aller anderen Mächte Gegenstand von Vereinbarungen der Abrüstungskonferenz wird.

Von dem Ergebnis der Biermächtekonferenz hängt das Schicksal der Abrüstungskonferenz ab. Es liegt in den Händen Herriot's. Deutschland will zur Abrüstungskonferenz zurückkehren; es will an diesem großen historischen Werk mitwirken. Aber diese historische Stunde darf nicht einen Herriot leben, der der Gefangene des Chauvinismus, des Versailles Geistes und der Rüstungsindustrie ist.

Die deutsche Ablehnung Genfs

London, 16. Okt. Die Blätter sind durch die deutsche Ablehnung Genfs als Ort für die Biermächtekonferenz verstört, um so mehr, als das Nachgeben Mac Donalds in manchen Forderungen Herriot's schon vielfach unangenehm berührt hat. Es wird bedauert, daß alle englische Mühe, die Konferenz zustande und Deutschland wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, vergeblich gewesen sein und daß

Mac Donald einen vollen Widerstand gehabt haben soll, nachdem Herriot London abgelehnt habe.

Paris, 16. Okt. Die Pariser Presse laßt verschlagen, Mac Donald und das englische Volk werden jetzt begreifen, wer die Schuld an dem Mißlingen der Konferenz habe. Das „Journal“ schreibt: Der französische Widerstand gegen den Vorschlag Mac Donalds ist auf einen Einwand der Form und auf einen grundsätzlichen Einwand zurückzuführen (Diese Bemerkung beweist, wie recht die Reichsregierung hatte, Genf abzulehnen, nachdem Herriot London abgelehnt hatte.)

In London veranlaßt, Mac Donald beabsichtigt, den Reichskanzler v. Papen oder den Reichsaußenminister v. Neurath zu einer Besprechung nach London einzuladen. Er hoffe, nachdem auch Italien Genf angenommen und der amerikanische Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, sich für Genf ausgesprochen habe, die deutsche Reichsregierung umstimmen zu können.

Wien, 16. Okt. Der Bauernbund und der Heimatbund verlangen im Anschluß an die deutsche Forderung der Gleichberechtigung, die sie voll unterstützen, auch in Oesterreich eine Aenderung des durch den Friedensvertrag von St. Germain aufzuelegenen föderativen Wehrsystems, wenn auch vorläufig keine Vermehrung der Wehrmacht damit verbunden sei.

Der deutsche Standpunkt

Berlin, 16. Okt. Wenn sich Frankreich und England jetzt in London dahin geeinigt haben, daß die Biermächtekonferenz lediglich einen vorbereitenden Charakter haben sollte, so deutet sich diese Ansicht durchaus mit der deutschen. Wenn nun aber die Franzosen diese vorbereitenden Erörterungen in dem Rahmen des Völkerbunds stellen wollen, so ist dies völlig widersinnig. Es ist auch gar nicht die wahre Absicht der Franzosen, die Konferenz in Beziehung zum Völkerbund zu sehen, sondern es handelt sich lediglich um ein Mandat. Deutschland widerstand die Abrüstungskonferenz anzuschließen. Da der deutsche Standpunkt gegen die Verleugung der Konferenz schon vor einer Woche dem englischen Geschäftsträger gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist, muß die jetzt erfolgte Einladung nach Genf in Deutschland als eine Demütigung angesehen werden. Diese Auffassung kommt auch ganz offen in der französischen Presse zum Ausdruck. Im übrigen zeigt auch das Auftreten des französischen Vertreters in Genf Ruffini und sein Vorstoß gegen die deutsche Polizei, in welche Lage Deutschland bei einer Biermächtekonferenz in Genf kommen würde.

Deutschland kann, was die Frage der Konferenz anbelangt, als Gläubiger der Abrüstung, in Ruhe abwarten, ob die drei übrigen Konferenzteilnehmer ohne Deutschland zusammentreten werden.

Einigung über die Völkerbundsverwaltung

Genf, 16. Okt. Nach zwei Wochen langen mehrtägigen Verhandlungen über die Umbildung des Völkerbundssekretariats ist eine grundsätzliche Einigung von Deutschland erklämpft worden. Das Sekretariat wird sich danach künftig folgendermaßen zusammensetzen: Oberste Leitung: 1. Generalsekretär ein Franzose (vorwiegend der bisherige Generalsekretär Avenol); 2. Stellv. Generalsekretär, vorwiegend ein Norweger (Hanson); 3. zweiter Stellv. Generalsekretär ein Italiener (Murri, früher Gesandter in Wien); Untergeneralsekretäre: 4. Deutschland (vorwiegend der frühere Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Trendelenburg, wenn Deutschland die Wirtschaftsabteilung statt der bisherigen Abteilung für geistige Zusammenarbeit im Völkerbund erhält); 5. Japan (bish. Untergeneralsekretär Sigmura, der jedoch gleichzeitig mit dem bisherigen englischen Generalsekretär Drummond im Juli 1933 ausscheiden will); 6. England (bisheriger Privatssekretär Drummonds, Kapitän Walter); 7. Uruguay (Buero, ohne den Titel Untergeneralsekretär).

Der deutsche Vorschlag auf einen regelmäßigen Wechsel zwischen den Untergeneralsekretären der Großmächte ist nicht durchgedrungen. Dagegen ist die deutsche Forderung, daß keine Macht mehr als zwei hohe Beamte in der Völkerbundsverwaltung einschließlich der Direktoren stellen darf, durchgedrungen. Daran werden ein französischer und ein italienischer Abteilungsleiter getüchtigt werden. Der Generalsekretär wird angestellt auf zehn Jahre. Die stellvertretenden Generalsekretäre auf acht Jahre und die Untergeneralsekretäre auf sieben Jahre. Zu dieser Lösung müßten nunmehr die beteiligten Staaten ihre Zustimmung erteilen. Am Montag müßte die Wahl des Nachfolgers Drummonds im Völkerbundrat erfolgen. Die Zustimmung Deutschlands zu der Wahl des französischen Kandidaten Avenol als Generalsekretär ist nur dann zu erwarten, wenn alle Sicherheiten dafür gegeben sind, daß die Grundsätze der Reform, vor allem die Beschränkung der hohen Beamten jedes Mitgliedes auf zwei, auf das strengste durchgeführt werden, da andernfalls die Lage eintreten könnte, daß Frankreich

Tagespiegel

Reichsinnenminister v. Genl wird am 19. Oktober eine Reise in den bayerischen Wald antreten, um sich über die Verhältnisse im bayerischen Osthügelland zu unterrichten.

Nach fünftägiger Verhandlung wurde der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof am Freitag abend auf Montag vormittag 10.30 Uhr vertagt. Nur noch kleinere Streitigkeiten stehen aus. Die Entscheidung ist erst für das Ende dieser Woche zu erwarten.

Der Generalkassanwaltschaft hat gegen den vorigen preussischen Finanzminister Klepper das Ermittlungsverfahren wegen zahlreicher Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung eröffnet.

Der für Samstag angeetzte Schluß der Völkerbundsversammlung ist zur allgemeinen Überraschung auf Montag verschoben worden. Die Verschiebung hängt mit dem immer noch nicht abgeschlossenen Beratungen über die Reform der obersten Leitung des Völkerbundssekretariats zusammen. Die französische Vertretung soll sich um ein Kompromiß bemühen, was insofern begreiflich wäre, als das Scheitern der Reform natürlich auch die Wahl des Franzosen Avenol zum Generalsekretär erschweren würde. Deutschland hat bekanntlich dagegen Einspruch erhoben, daß eine Nation mehr als zwei Mitglieder in den leitenden Stellen des Sekretariats hat.

Die katalanische Regierung hat im Einvernehmen mit der spanischen Regierung die Wahlen zum ersten katalanischen Parlament auf den 20. November anberaumt.

aufser dem Generalsekretär auch noch den Leiter der politisch außerordentlich wichtigen Informations- und Propagandaabteilung des Völkerbunds und der Verfahrungsabteilung des Völkerbunds stellt.

Beschlüsse des Reichskabinetts

Berlin, 16. Okt. Das Reichskabinett hat nach langen Beratungen wichtige Beschlüsse gefaßt. Die Befugnisse des Bankkommissars gegenüber den Geldinstituten sollen wesentlich erweitert werden. Das Amt wird bis auf weiteres noch von dem Leiter des preussischen Finanzministeriums, Dr. Ernst, verwaltet. Dr. Schacht hat die Uebernahme des Amtes abgelehnt. Die sog. Preußenliste soll durchaus neu geordnet und in eine deutsche Zentralgenossenschaftskasse umgewandelt werden. Ferner ist eine Verordnung, die ebenfalls für die Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten fertiggestellt ist, zu erwähnen, die die beschleunigte Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthügelland betrifft. Die sozialen Leistungen bei einigen Lohnklassen der Arbeitslosenunterstützung und bei gewissen Renten werden erhöht, nicht jedoch bei der Krühen- und Wohlfahrtsfürsorge, weil deren Höhe zum Teil über die Arbeitslosenunterstützung hinausgehen. In das ganze System soll durch Lockerung gewisser Bindungen hinsichtlich der Leistungen dieser beiden Unterstützungskassen eine größere Flexibilität herbeigeführt werden, damit ein Ausgleich erzielt wird und die Arbeitslosenunterstützung nicht unter der Krühen- und Wohlfahrtsfürsorge liegt. Dazu sollen dann auch noch bei einigen anderen Versicherungen, wie der Unfall- und Krankenversicherung, gewisse Härten ausgeglichen werden.

Halbamtlich wird noch mitgeteilt, daß entgegen verschiedenen Zeitungsnotizen im Kabinett keinerlei Meinungsverschiedenheiten über die Kontingentsregelungen aufgetreten seien, die Anlaß zu Krisengerüchten geben könnten. Aus den Verhandlungen mit dem Ausland habe sich ergeben, daß ein endgültiger Abschluß dieser schwierigen Frage noch nicht so schnell zu erwarten ist. Das Reichskabinett hat der Ablehnung Genfs durch den Reichsaußenminister zugestimmt, auch ein etwaiger Vorschlag Lanjannes würde nicht angenommen werden.

Neue Nachrichten

Die deutsch-italienischen Devisen- und Kontingentsverhandlungen

Berlin, 16. Okt. Nach den aus Rom vorliegenden Nachrichten stehen die Verhandlungen über eine Beilegung des Devisenstreits ausichtsreich. Es kann damit gerechnet werden, daß in kürzester Zeit eine Einigung über die beiderseitige Devisenregelung erzielt werden wird. In der Kontingentsfrage hat die deutsche Abordnung die Pläne der deutschen Regierung mitgeteilt, und es hat eine eingehende Aussprache stattgefunden. Dabei ist auch die Frage etwaiger Gegenleistungen Deutschlands erörtert worden. Die deutsche Abordnung hat sich vorbehalten, der Reichsregierung nach ihrer Rückkehr nach Berlin über das Ergebnis der Besprechungen zu berichten. Es ist



In Aussicht genommen, sobald nach Freiblaug der Besprechungen in Rom eine gemeinsame Mitteilung zu veröffentlichten. Die deutsche Abordnung wird sich von Rom nach Paris begeben.

Brüning im Wahlkampf

Berlin, 15. Okt. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning wird am 19. Oktober in Köln, am 20. Oktober in Aachen, am 23. Oktober in Mannheim, am 24. in Bingen, am 25. in Bamberg, am 30. in Hagen, am 31. in Neudorf, am 3. November in Breslau und am 4. November in Waldenburg sprechen.

Sechs nationalsozialistische Zeitungen verboten

Koblenz, 15. Okt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die in Köln erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Westdeutscher Beobachter“ und fünf Tochterblätter, die an sich zwar selbständig sind, aber das Artikelmaterial des „Westdeutschen Beobachters“ abdrucken, von heute ab auf fünf Tage verboten.

Gravinas Nachfolger

Danzig, 16. Okt. Mit der vorläufigen Wahlnehmung der Geschäfte des Völkerbundskommissars für Danzig ist der Sachverwalter für Danziger Angelegenheiten im Völkerbundsekretariat, Helmer Kossing, ein Däne, beauftragt worden. Der endgültige Kommissar soll am 1. Dezember ernannt werden.

Die Arbeitsbeschaffung

Innerhalb des bereits beschlossenen Programms für Arbeitsbeschaffung soll jetzt der zweite Teil von 200 Mill. Mark durchgeführt werden. Um diesen Betrag wurde bereits im Juni das Programm von 135 auf 335 Mill. M. erhöht. Die Finanzierung erfolgt bekanntlich über die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und über die Bau- und Bodenbank. Mit der Vergebung der Arbeiten soll demnächst begonnen werden. Es dürfte sich, wie vorher bei dem ersten Teil, um Straßen- und Wohnungsbau, Arbeitsdienst, Schiffahrt, Wasserbauten usw. handeln. Die Aufwendungen gehören zu den programmmäßigen 700 Mill. M., die die Regierung für direkte Arbeitsbeschaffung vorgesehen hat. Außer den genannten 335 Mill. M. ist die Reichsbahn mit 300 und die Reichspost voraussichtlich mit etwa 60 Mill. M. beteiligt.

Ein von dem Abg. Dr. Gerede dieser Tage vorgelegter Plan, die Arbeitsbeschaffung der Gemeinden durch zinslose Darlehen zu finanzieren, ist von der Regierung nicht aufgenommen worden, weil die Beschaffung zinsloser Darlehen eine Unmöglichkeit ist. Dennoch besteht der Wunsch, die Städte von Wohlfahrtsausgaben zu entlasten, und zwar wurde von anderer Seite angeregt, die soziale Fürsorgearbeit — nicht zu verwechseln mit Wohlfahrtsarbeit — zu diesem Zweck in größerem Umfang aufzunehmen, das heißt, Arbeiten, bei denen nur Wohlfahrtszwecke verfolgt werden. Man rechnet sich als Kosten für einen Fürsorgearbeiter 1500 Mark jährlich aus, die nach drei Gesichtspunkten geteilt würden: 1. Im Durchschnitt würden 500 Mark an Wohlfahrtsunterstützung erspart, die für die Arbeitsbeschaffung verwendet werden könnten. 2. Für Fürsorgearbeiter sollen Steuererleichterungen gegeben werden, das wären im Nennwert 400 Mark, bei der Verbilligung der Scheine konnte aber allerdings der Nennwert nicht erreicht werden. 3. Der Rest von 600 bis 700 Mark wäre wieder durch Darlehen zu beschaffen. Da solche zinslos nicht erhältlich sind, sollen die öffentlichen Banken und die Sparkassen zu möglichst billigem Zinsfuß die Mittel hergeben.

Man verheißt sich allerdings nicht der Tatsache, daß weiterer ungedeckter Geldbedarf nicht oder nur schwer und in engen Grenzen durch Budgetgeld ohne Bargeld gedeckt werden kann, und es ist zweifelhaft, ob die Reichsbank, die schließlich einspringen müßte, dem Plan zustimmt. Man verheißt sich auch nicht, daß es schwierig sein werde, die Vergütung und Tilgung solcher langfristigen Gemeindefürsorgearbeiten, bei denen es sich wohl vielfach um unrentable Arbeiten handelt, sicherzustellen. Man scheint in der Regierung entschlossen zu sein, in der Entlastung der Gemeinden in Hinsicht auf die erdrückenden Wohlfahrtsausgaben etwas Entscheidendes zu unternehmen. Bei den genannten Schwierigkeiten, die sich dem Vorhaben noch entgegenstellen, ist es aber selbstverständlich, daß der Gegenstand gründlich durchgedacht und durchgearbeitet sein muß, ehe er an die Öffentlichkeit gebracht und in die Tat umgesetzt werden kann.

So haben sie aufgerüstet!

Der von der New York Trust Co. herausgegebene „Index“ besetzt die jährlichen internationalen Rüstungsausgaben, die als ein Haupthindernis für die wirtschaftliche Erholung bezeichnet werden, auf fünf Milliarden Dollar. Die folgende Aufstellung ergibt, daß Deutschland gegenüber der Friedenszeit auf etwa ein Drittel der damaligen Rüstungsausgaben (alles in Dollar berechnet) zurückging, während im Gegensatz dazu die nachstehend genannten großen Mächte eine Vermehrung bis auf fast das Dreifache vorgenommen haben.

Im Fiskaljahr 1930/31 bzw. 1931/32 haben aufgewendet: 1. Deutschland 170,4 bzw. 463,3 Millionen Dollar (weniger 63 v. H. gegenüber der Friedenszeit); 2. Großbritannien 535 bzw. 375,1 Millionen Dollar (mehr 42 v. H.); 3. Frankreich 455,3 bzw. 348,7 Millionen Dollar (mehr 30 v. H.); 4. Italien 258,9 bzw. 179,1 Millionen Dollar (mehr 44 v. H.); 5. Japan 242,1 bzw. 95,5 Millionen Dollar (mehr 142 v. H.); 6. Rußland 579,4 bzw. 447,1 Millionen Dollar (mehr 30 v. H.); 7. Vereinigte Staaten 727,7 bzw. 244,6 Millionen Dollar (mehr 197 v. H.).

Subiläum der Deutschen Kolonialgesellschaft

Berlin, 16. Okt. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Deutschen Kolonialgesellschaft fand am Freitagabend im Sitzungssaal des Reichstags eine Festsitzung statt, an der zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und befreundeter Verbände teilnahmen.

Nach einleitenden musikalischen Darbietungen hielt der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Gouverneur z. D. Dr. Schöne, die Begrüßungsansprache, in der er die Gestaltung der deutschen Kolonialpolitik schilderte, mit der die Deutsche Kolonialgesellschaft untrennbar verbunden sei. 30 Jahre sei unter ständiger Mitwirkung der Deutschen Kolonialgesellschaft die erfolgreiche Entwicklung der Kolonien vor sich gegangen. Besonders hervorzuheben seien die großen deutschen Leistungen auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung und Gesundheitspflege für die Eingeborenen sowie auf dem Gebiet der Erziehung und des Unterrichtswesens. Darin hätten auch die Missionen beider Konfessionen Hervorragendes geleistet. Die deutsche Kolonialleistung stehe ebenbürtig neben der jedes anderen Kolonialvolks der Erde, ja übertreffe sie an sanitären und pädagogischen Leistungen. Und doch hätten die gegnerischen Mächte es fertiggebracht, gegen Deutschland den Vorwurf des Verfassens in der kolonialen Politik zu schleudern, unter solchem Vorwand ihm die Kolonien zu entreißen und sie unter fremde Mandatverwaltung zu stellen. Seitdem werde der Kampf um die Wiedergewinnung der Kolonien geführt. Unter fürnimstem Beifall der Versammlung erklärte der Redner, daß die Kolonialgesellschaft an dem deutschen Rechtsanspruch auf Rückgabe der widerrechtlich geraubten Kolonien festhalte. Es folgten Ansprachen der Vertreter des kolonialen Deutschtums und eine Ehrung der ältesten Mitglieder der Gesellschaft.

Die Religionsgesellschaften in Spanien

Madrid, 16. Okt. Der Justizminister gab im Parlament den Gesetzentwurf über die Religionsgesellschaften bekannt. Der Staat garantiert volle Gewissensfreiheit und freie Ausübung der einzelnen Kulte. Religiöse Kundgebungen außerhalb der Gotteshäuser bedürfen der behördlichen Genehmigung. Alle amtierenden Geistlichen müssen die spanische Nationalität besitzen. Sämtliche dem katholischen Kultus dienenden Gotteshäuser, Bischofsitze, Seminare, Klöster und sonstige Gebäude mit allen für die Ausübung des Kultus notwendigen Einrichtungen werden zum Eigentum der Nation erklärt, jedoch der Kirche für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt. Eigenbesitz dürfen die Religionsgesellschaften nur zu rein religiösen Zwecken und auch nur im Rahmen des unbedingt Notwendigen erwerben. Die Errichtung von Anstalten für die Heranziehung der Geistlichen ist erlaubt. Die Religionsgesellschaften dürfen sich politisch nicht betätigen. Ihre Statuten bedürfen der Genehmigung durch die Regierung. Das Betreiben von Betrieben in Handel, Industrie und Landwirtschaft ist den Religionsgesellschaften verboten, ebenso das Erteilen von Unterricht. Angehörige von Religionsgesellschaften, die diese verlassen wollen, genießen den Schutz des Staats.

Württembergischer Landtag

Wichtige Beschlüsse

Stuttgart, 15. Oktober.

Der Landtag nahm heute mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Nationalsozialisten und des Christl. Volksdienstes (also mit den Stimmen der nicht an der geschäftsführenden Regierung beteiligten Parteien) einen sozialdemokratischen Antrag an, in dem das Staatsministerium angefordert wird, die 5., 6., 7. und 8. Rotverordnung, die sich u. a. auf die Einführung der Schlachtsteuer, sowie auf die Hinausschiebung der Einführung des 8. Schuljahres beziehen, aufzuheben und dem Landtag bekanntzugeben in Form von Gesetzentwürfen. Vorschläge zur Sicherung des Haushalts von Staat und Gemeinde zu unterbreiten. Ein nat.-soz. Antrag, der die unmittelbare Aufhebung der württ. Rotverordnungen vom 21. September und 11. Oktober durch den Landtag bezweckte, wurde abgelehnt.

Es wurden noch angenommen: ein Zentrumsantrag, der die Regierung ersucht, Haus- und Nachschlagungen von der Fleischsteuer auszunehmen, zwei weitere Zentrumsanträge betr. Preiskommissionar und Einlegung eines Sparauschusses, sowie ein Antrag des Bauernbundes, die Bürgersteuer in Gemeinden mit mehr als 22 Prozent Umlage nicht zu erheben.

Abg. Pflüger (S.) erklärte, der Landtag habe nun seinen Willen dahin bekundet, daß er die Rotverordnungen nicht anerkenne. Wenn die Regierung sie jetzt nicht aufheben wolle, so wäre das eine neue Bräuterei des Landtags. Der Beschluß des Landtags stelle eine bindende Verpflichtung für die Regierung dar. Präsident Mergenthaler erklärte dagegen, nach den getriggen staatsrechtlichen Ausführungen des Kultusministers sei nicht damit zu rechnen, daß die Regierung ihre Rotverordnungen aufheben werde. Von Regierungsseite selbst erfolgte heute keine Stellungnahme mehr.

Unabhängig von den Rotverordnungen wurden noch angenommen: ein kommunistischer Antrag, der Gemeinde Enzberg 20 000 M. zur Verfügung zu stellen, und zwar mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten; ferner ein Antrag Marx (NS.), den Gemeinden Enzberg, Schramberg, Lauterbach und Schwenningen verlorene Zuschüsse zu geben; ein Antrag Voda (Str.) betr. Ausgleichsloch; ein Antrag Weimer (S.) betr. Sicherung der Fürsorgeleistungen der Gemeinden; ein nationalsozialistischer Antrag, beim Reich Wirtschaftsmaßnahmen zu fördern, die zur Belebung der gesamten Wirtschaft, insbesondere zur Stärkung des Binnenmarktes geeignet sind; endlich ein Antrag Keil (S.), beim Reich gegen alle Wirtschaftsmassnahmen Stellung zu nehmen, die

der württ. Ausfuhrindustrie die Lage weiter erschweren, ohne der Landwirtschaft einen Nutzen zu bringen.

Im übrigen war die heutige Sitzung vorwiegend ausgefüllt durch die Beratung des Fällsteuergesetzes. Es bestimmt, daß für Fällbetriebe durch Gemeinderatsbeschluß ein am ein Fünftel erhöhter Gemeindefällsteuer festgesetzt werden kann. Das Gesetz soll rückwirkend ab 1. April 1932 in Kraft treten. Der Abg. Feuerstein (S.) wandte sich gegen das Gesetz und verteidigte die Konsumvereine.

Wirtschaftsminister Dr. Maier bezeichnete die Darstellung, daß die Fällsteuer sich nur gegen die Konsumvereine richte, als falsch. Nicht um des Mittelstands willen, sondern von Staats wegen vertrete er Mittelstandspolitik. Abg. Alb. Fischer (Komm.) sah in der Fällsteuer eine ungerechte Steuer auf den Massenkonsum. Abg. Dr. Schott (M.) sah in dem Gesetz eine kleine Abschlagszahlung auf die Mittelstandsfordernungen und bedauerte, daß Württemberg die Warenhaus- und Einheitspreisgesellschaften nicht einführen könne. Die Abg. Dr. Jon. Schmid (NS.) und Hof (S.) stimmten dem Gesetz zu und bedauerten, daß es nicht weitergehe.

Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, daß wenn die 3. Lesung des Entwurfs erst in vier Wochen stattfinden sollte, die Regierung sich ihre Stellungnahme überlegen müsse (Zurück: Rotverordnung).

Bei der Abstimmung wurde dann ein Antrag Feuerstein (S.), den Umlagefuß auf ein Zehntel festzusetzen und die Inkraftsetzung des Gesetzes auf 1. April 1933 zu verschieben, abgelehnt. Hierauf wurde das Gesetz in 2. Lesung angenommen. Die sofortige 3. Lesung konnte nicht stattfinden, weil die Kommunisten widersprachen.

Nächste Sitzung Dienstag, 18. Oktober. Tagesordnung: Hilfe für die Neubauschiffer, Große Komm. Anträge.

Württemberg

Waiblingen, 16. Okt. Polizei im Gemeinderat. Der Bürgerausschuß hatte beschlossen, daß Erwerbslose unter 25 Jahren, die den freiwilligen Arbeitsdienst verweigern, auch keine Wohlfahrtsunterstützung erhalten sollen. Darob kam es im Gemeinderat zu einer erregten Aussprache, in die auch Zuhörer eingriffen. Die Stadträte der Linken hatten sich schon kampfbereit von ihren Sitzen erhoben. Da aber wegen des Verhaltens der Zuhörer bereits Polizei gerufen worden war, konnte diese Handgreiflichkeiten verhindern. Die Sitzung mußte abgebrochen werden. Zu den Gemeinderatssitzungen sollen nunmehr Zuhörer nur noch mit Karten zugelassen werden.

Kornweilheim, 16. Okt. Stimmt wieder nicht beteiligt. Die Ministerabteilung für Bezirks- und Körperverwaltungsverwaltung hat in Uebereinstimmung mit dem Gemeinderat und dem Bezirksrat auch die dritte Wahl des Dr. Steimle zum Bürgermeister nicht bestritten.

Bad Reichenhalm, 16. Okt. Wähler gegen die Monarchie. In einer demokratischen Wahlversammlung griff Wirtschaftsminister Dr. Maier die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, die wie ein „tiefenreiches Trümmertal“ dahlege, scharf an. Mit erschütternder Deutlichkeit werde für die Wiederherstellung der Monarchie geworben. Die Monarchie sei „nahe herbeizutreiben“. Deutschland solle in zwei „Interessensphären“ aufgeteilt werden, die der Hohenzollern im Norden und die der Wittelsbacher im Süden. Die Württemberger wollen aber keine Monarchie.

Tübingen, 16. Okt. Um die Nachfolge Professor Hallers. Prof. Dr. Fritz Körig in Kiel hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Tübingen als Nachfolger von Johannes Haller erhalten.

Schramberg, 16. Okt. Abgelebte Steuern. Der Gemeinderat hat die Anträge der Regierung, ob der Gemeinderat bereit ist, für 1931 einen Zuschuß von 150 v. H. zum tatsächlich erhobenen einischen Landesfuß der Bürgersteuer nachzuerheben, sowie die Aufforderung, zum Ausgleich des Haushaltes für 1932 Steuern zu erheben, einstimmig abgelehnt.

Cölingen, 16. Okt. Vom Rathaus. Der Gemeinderat hat auch den gemilderten Plan des Oberbürgermeisters zur Ausgleichung des Stadthaushalts mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Regierung wird nun ein Wortwort sprechen. Eine Herbsthilfe für die Erwerbslosen wurde durch Stimmensplitz des Vorsitzenden abgelehnt.

Gerstetten OÄ. Heidenheim, 16. Okt. Schachbilde. Während Schiller Freih. von Bräunshelm beim Nachstellen im Dorf war, drangen zwei Männer in den Bereich ein und entwanden ein schönes Schaf, das im nahen Walde gleich abgeschlachtet wurde. Die Täter sind mit der Beute unerkannt entkommen.

Ravensburg, 16. Okt. Erfolgreiche Verurteilung. Der Stadtpfleger Max Kocher von Schussenried war wegen Unterschlagungen im Amt und Unterschlagungen von erweiterten Schöffengericht Ravensburg zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Kocher legte Berufung ein. Die Strafkammer ermäßigte die Strafe auf 3 Monate 15 Tage Gefängnis. Der Schaden, den Kocher, auch bei Bürgern, anrichtete, betraug sich auf 3272 Mark.

Tellfingen OÄ. Bollingen, 16. Okt. Bau eines Schwimmbads. Der Gemeinderat beschloß, den Bau eines Schwimmbads durchzuführen und die Arbeiten möglichst rasch in Angriff zu nehmen. Das Bad soll nach den Plänen von Stadtbaumeister Leidig erbaut werden.

Am, 13. Okt. Projekte für den freiwilligen Arbeitsdienst. In der Bauabteilung des Gemeinderats wurden vier größere Pläne für den freiwilligen Arbeitsdienst genehmigt. Es sind dies Kulturarbeiten bei der Hegelei Erbach, die der War-Enth-Kameradschaft zur Ausführung übertragen wurden, Planierungsarbeiten am roten Berg auf Markung Söllingen für den nationalen Arbeitsdienst, Wegarbeiten bei der Randriedlung Waiblingen für die Vereinigung Katholisches Jugendwerk. Als letzte Arbeit wird ein Wallhub in der Kathstraße an die Kameradschaft des Turnerbunds vergeben. Ob der Kameradschaft ein Kleider- und Schuhzuschuß von täglich 50 Pf. pro Mann gegeben werden kann, unterliegt der Entscheidung des Wirtschaftsministeriums und wird Ausschuß auf Genehmigung haben, jedoch so, daß ein Anspruch überhaupt und bezüglich der Höhe des Betrags nicht bestehen wird. — Eine neue Straße beim Gaisberg wird „Johann-Ernst-Weg“ benannt.

Bei Unbehagen und Schmerzen

Pyramidon TABLETTEN



Das bewährte Standardpräparat und unschädliche Hausmittel.

In allen Apotheken erhältlich zum Preise von RM. 0,89, 1,30, 1,88. Nur echt mit dem Namenszug „Pyramidon“ auf jeder Packung.



Aus Stadt und Land

Magd., den 17. Oktober 1932.

Es nicht der Augenblick der Gefahr zu verlieren, der günstigste, kräftigste Schritt zu ergreifen.

Verleihen: Dem Regierungsrat Baidinger bei der Oberrechnungskammer die Amtsbezeichnung „Oberregierungsrat“.
Übertragen: Die Pfarrei Braunabach, Def. Künzelsau, dem Pfarroerw. Gerhard Krauß in Großherlach, Def. Badnang, Das Defanat und 1. Stadtpfarstelle in Schornborn dem Stadtpfarrer Rieder in Stuttgart.

König Herbst!

König Herbst, dein Purpur glüht!
Segnet streit sein Saum die Erde
Dag noch einmal Licht es werde
Und das Heer der Rebel nicht!

König Herbst, dein Purpur prangt!
Farbenfroh die Eisenhände
Schmüden Wald und Feld behende;
Ob die Erde zitternd bangt.

König Herbst, dein Purpur strahlt!
Goldumflammt die Wälder grünen,
Silberhell die Wälder stützen,
Tiefblau sich der Himmel malt.

M. in S.

Herbstnacht

Wie jauchzt und heult der Sturm durch die Nacht, Wolken
sehen jagen am Himmel dahin, wie Flaumfedern vom Winde
fortgetragen. Schwarze Wolkenberge schieben sich über andere,
die und da ein Lichtblitz vom schiefelförmigen Mond, wie der
Scheinwerfer eines eilenden Autos über die Erde geworfen,
dann wieder dunkle undurchdringliche Nacht. Und wieder leht
der Sturm mit neuen Kräften ein, selbst riesige Bäume, mächtig
emporragend, erbeben bis in ihre Wurzeln, Kamine erklingen
gleich Orgelpfeifen. Die Wetterjahre fährt trübend um ihre
Achse: Ein gewaltiges Konzert erklingt durch die Nacht. Die
Menschen ihrer schwachen Kräfte bewußt, vertieften sich tiefer
in ihre Betten.

Ein kalter Regenschauer geht nieder, wie Trommelwirbel
schlagen die schweren Tropfen an die Fensterscheiben. Ein mildes
Grau weicht dem andurchdringlichen Dunkel, und müde steigt
der Tag im Osten empor. Mit ihm ist Ruhe und Stille eingeleitet,
die uns nach dem lümmelnden Treiben fast bezwundet. Von
den Bäumen ist das Laub über Nacht wie weggefegt. Auf allen
Wegen liegt tiefes Fallaub, durch das schlüpfend und müde un-
sere Schritte gehen. Wie kurz ist sommerliche Herrlichkeit und
trunkene Schönheit, wie schnell entellen die lichten, hellfrohen
Tage der Jugend, schon pfeift auch um unsere Tage der Herbst-
sturm, bald liegt Fallaub auch auf unseren Gräbern und stilles
Vergessen, tiefe Versunkenheit schläft auf dem angewitterten
Stein.

Wochenrückschau

Die Wollereien hatten Hochbetrieb, galt es doch, die
Fässer zu füllen, damit es bis zum Kirchweihsonntag
„Süßen“ gäbe; Kirchbesuchen wurden gedacht, die Lokale der
Stadt und Umgebung hatten neuen Wein und Zwiebackhuchen,
Mehlsuppe, Konzert und Tanz ausgeschrieben — allen Wünschen
war Rechnung getragen und sofern nach Rücksprache der Geld-
beutel es gestattete, wurde allenfalls zu einem regen Kirch-
weihsonntag beitragen. Auch der Donnerstag brachte zum Vieh-
und Krämermarkt lebhaften Verkehr in die Stadt. — Der Be-
zirkskörperschaftsbeamtenverein tagte in der
Tauben. — Im Tonfilm stellte sich „Der Herr Finanzdirek-
tor“ vor (diese Woche werden die Vöndlichspiele erfreulich-
weise mit einem histor. Großtonfilm aufwarten; mehr soll heute
nicht verraten sein) — Einem verstorbenen Kameraden gab der
Mil. u. Vet. Verein unter Mitwirkung des Lied-
Ensembles und der Stadtkapelle das letzte Geleit — der
Viedertanz seinem verdienten Vorstand außerdem ein Ständ-
chen. — Die Rotorspriehe elite eines Nachts der Spiel-
berger Feuerwehr zur Hilfe. — Den Lustakt zur Reichstagswahl
bildete die Wahlversammlung des Bauern- und Weingärt-
nerbundes. — Ihre jährliche Konferenz hielt die Altpiet.
Gemeinde im Vereinshaus ab. — Erntedankfestgottesdienste
die Methodistenkirche. —

Bausparerversammlung

Die Gemeinschaft der Freunde, Ludwigsburg hatte
letzten Freitag wieder einen Kreis ihrer Mitglieder aus Magd.
und Umgebung versammelt. Ihre Geschäftsführer Schüller
und Haag berichteten eingehend über den Stand des Werkes
und gaben Aufschluß über eine Reihe von Einzelfragen. Das
gemeinnützige Werk hat trotz Wirtschaftnot und äußerst schwierigen
Allgemeinverhältnissen einen guten Fortgang genommen
und genießt heute auf Grund seines soliden Aufbaues und der
selbsterreichten Ziele (bis jetzt 13.290 deutsche und österreichische
Eigenheime mit 196 Millionen Mark finanziert) allgemeines,
größtes Vertrauen. Man kann besonders jungen Leuten nur
raten, beiseiten den Grund zur eigenen Heimat durch Beitritt
zur G. d. F. zu legen. Trotz der Not der Zeit brachten
40—45.000 Bausparerr monatlich noch 1 1/2 Mill. Mark auf.
Die letzte Zuteilung die dritte dieses Jahres) brachte 303
Sparer ihr Baugeld, zusammen 4,3 Mill. Mark. Auch hiesigen
Sparern schlug die ersuchte Stunde und sie muß jedem schlagen,
der das Ziel klar ins Auge faßt. Es handelt sich um ein ge-
meinnütziges Werk. Jedes Jögern und Schwanken auf dem Wege
rührt sich, nachträgliche Ermäßigung der verarbeiteten Bau-
summe schädigt die übrigen Sparer. Im gegenwärtigen Moment sind
etwa 40—50 Prozent Eigenkapital notwendig, um daran zu
kommen. Man bedenke aber, daß das eigene Haus stets eine
Lebensaufgabe bedeutete. Auch in früheren Zeiten baute man
in der Regel nur einmal und hatte lange zu sparen. Auch wer
selbst nicht auf ein Eigenheim für sich abhebt, findet bei der
G. d. F. sichere Geldanlage. Die freie Geldbereinigung för-
dert zudem das Werk ganz bedeutend. In England ist man in
dieser Hinsicht bereits viel weiter. Ein führender Vertreter der
englischen Bausparvereine behauptete dieser Tage die G. d. F. in
Ludwigsburg und drückte sich sehr anerkennend aus. Die G. d. F.
hat als erste von acht Kassen das Depositenrecht erworben. 60
Kassen in Deutschland wurden geschlossen, 25—30 gerieten in
Konkurs. Heute zählt man noch 250 Kassen in der Bauspar-
bewegung. Insbesondere hat die G. d. F. die Vertrauenskrise glän-
zend überstanden. Obwohl die Bautätigkeit dieses Jahr sehr
schwach war, hat sie im letzten Jahr 45 Millionen dem Kapital-
markt zugeführt und Tausenden von Handwerklern und Geschäfts-
leuten Arbeit und Brot verschafft. Die künftige staatliche Über-
wachung, unter der das Werk steht trägt mit dazu bei, eine
einwandfreie Geschäftsführung zu gewährleisten. Kr.

Arbeitsfürsorge für Waldarbeiter. Der Präsident des Lan-
desarbeitsamts Südwestdeutschland hat die Arbeiter für
Forstwirtschaft und Fischerei, also insbesondere die Forst-
Wald- und Holzarbeiter für die Zeit vom 24. Oktober 1932
bis einschließlich 1. April 1933 zur Arbeitsfürsorge zugelassen.

Herrenberger Allerlei

Der Gemeinderat hat sich in seiner letzten Sitzung vor
allem mit den beiden Steuern befaßt: mit der Bürger-
steuer und mit der Schlachtsteuer. Für Herrenberg kom-
men für die Bürgersteuer die Bestimmungen der Einwohner-
steuer in Anwendung. Statt der Bürgersteuer wird also heuer
die Einwohnersteuer mit einem Satz von 6 RM. erhoben. Diese
bringt allerdings ein Weniger von etwa 800 RM. ein. Der
Vorstand, Bürgermeister Schick berichtet dann über die Be-
stimmungen der Schlachtsteuer. Für unsere Stadt ergibt sich der
Beitrag von 13.000 RM., dies sind 3—3 1/2 % der Umlage. Das
Bürgermeisteramt hat sich an die Leitung der Koh. V. o. S. L.
Erichen Trikotfabrik gewandt mit der Bitte um Prü-
fung einer halbtägigen Wiederaufnahme der Arbeit hier. Leider
konnten dort keine Zusagen für die Wiederaufnahmen gemacht
werden, dagegen bemüht sich die Vertretung, viele Arbeiter,
die hier beschäftigungslos geworden sind, in Waldungen zu be-
schäftigen. Die Abrechnung über das Freibad liegt nun vor:
Die Einnahmen betragen 6614,00 RM. Im Etat wurden 5000
RM. in Voranschlag genommen. Die Besucherzahl beträgt
27.490. Es wurden 394 Jahreskarten ausgegeben. In dieser
Woche noch nach kurzem, aber schwerem Leiden Stadtrat
Sattlermeister Wilhelm Morlok. Er gehörte der sozialdemokrati-
schen Fraktion an. Sein Nachfolger im Stadtrat ist Wertmeister
Heinrich Köhler, der in früherer Wahlperiode schon Stadtrat
war. Der verstorbene Stadtrat Morlok war über 12 Jahre hin-
durch Vorstand des Reichsbundes der Kriegsbekämpften und
Kriegshinterbliebenen, außerdem war er Ausschußmitglied des
Schützenvereins. — Am letzten Dienstag brachte der Kirchen-
chor dem scheidenden Mitglied Fräulein Maria Ehlinger
ein Abschiedständchen. Ueber 20 Jahre gehörte die Scheidende
dem Kirchenchor an. Sie verzicht mit ihrer Mutter und Schwe-
ster nach Stuttgart. Friseurmeister Christian Jünker hat sein
Geschäft in der Stuttgarter Straße verkauft, das er seit 20 Jah-
ren inne hatte, um nach Keitern überzusiedeln. Das Geschäft über-
nimmt Friseur Joseph Reumeyer von Haulach. — Die Vor-
bereitung auf die Wahlen hängt langsam an: bis jetzt ist in
erster Linie der Bauernbund auf den Plan getreten. Am
letzten Mittwoch sprach in Kuppings Reichstagsabgeordneter
H. a. g. Heilbrunn, außerdem sprach Martin H. a. g. Hirtel
über die Schlachtsteuer, Geschäftsführer Gräß über Jüder-
rübertragen. Bürgermeister Reinhardt kündigte einen Vor-
trag über Steuerfragen an.

Freudenstadt, 15. Okt. Vom Gemeinderat. Der Ge-
meinderat beschloß einstimmig die Wiedereinführung von
Sühngeldern für Kommissionsstiftungen. Das Sühngeld be-
trägt 2 RM. Die Gemeinderatsstiftung soll ehrenamtlich bleiben
wie früher, da ja jeder Gemeinderat verpflichtet ist, daran teil-
zunehmen, aber die Kommissionen, die den einen Gemeinderat
viel mehr beanspruchen als den anderen, werden wieder ent-
schädigt.

Neuenbüttel, 15. Okt. Zum Kraftwagenunglück bei
Engelsbrunn. Gestern Nachmittag ist im Bezirkskranien-
haus in Neuenbüttel Krankenleichenobersretär Eugen Hojer den
schweren Verletzungen (Brustkorb-, Lungenverletzung) erlegen.
Wie wir hören, ist in dem Verlaufe des ebenfalls unglück-
lichen Vertrauensarztes Dr. Tröschler bis jetzt noch keinerlei
Besserung eingetreten. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß
der Wagen auf der nassen Straße ins Schleudern kam und so
den Felsabhang herab auf das Gleis der Enztalbahn stürzte.

Vier Monate hat der Schwindler und Zucht- häusler Ignaz Hummel alias „Oskar Daubmann“

die höchsten Regierungsstellen, hohe Militärs, Behör-
den, militärische Verbände und seine nächste Umgebung
zu täuschen verstanden. Der deutsche Winterwald be-
schäftigte sich mehr als nötig mit dem Fall des „letzten
deutschen Kriegsschlangenen“ und veröffentlichte sein
Bild. In nächster Nähe des Wohnortes seiner Frau
und seiner Schwiegermutter konnte Hummel sein Un-
wesen treiben, ohne erkannt zu werden! Man fragt
sich, wie es etwas überhaupt möglich ist?! Die Frau
Hummels hat nun dieses Rätsel auf die einfachste Weise
gelöst: Sie lieh eine Zeitung! Der elementar-
ste Kulturbedarf gipfelt doch schließlich darin, unter-
richtet zu sein, was in der Welt vorgeht. Hätte Frau
Hummel in Erkenntnis dessen, eine der vorliegenden Vo-
lks-Zeitungen gelesen, würde sie ihren Mann ohne
Zweifel sofort erkannt haben und der Köpenickade
wäre in den ersten Tagen, ehe wir uns vor dem
Ausland und hauptsächlich vor Frankreich bis auf die
Knochen blamiert haben, ein Ende bereitet worden.

Dieser traurige Fall zeigt also deutlich, daß man ohne
die Zeitung nicht auskommen kann und veranlaßt uns,
allen uns Fernstehenden zu sagen: Besitzt die 106
Jahre alte Heimatzeitung, den „Gesellschafter“.

Aus aller Welt

Der Tod auf der Straße. Einen tragischen Tod fand der
Pforter an der Remise der Lutherkirche, Dr. F. H. Fein.
Auf dem Heimweg von einer Jugendveranstaltung erlitt er
am Dienstag einen Schlaganfall und lag zwei Stunden be-
wußtlos im Regen auf der Straße, bis ihm Hilfe kam. Am
Freitag ist er in den Städtischen Krankenhäusern gestorben.
Dr. Feinens war 1881 in Reilingen (Baden) geboren. Der
Verstorbene erfreute sich großer Beliebtheit in weiten Krei-
sen der Bevölkerung.

Wahlrunde Hilters durch Deutschland. Wie der
Völkische Beobachter mitteilt, hat Hitler seine Wahl-
fahrt begonnen, die annähernd vier Wochen dauern wird.
Er wird in über hundert Kundgebungen sprechen. Die Reise,
die in Göttingen und Nordlingen ihren Anfang nahm,
wird mit Flugzeug und Kraftwagen durchgeführt werden.

Das ankommende Händeschütteln. Am 14. Oktober
sind in Washington vor 4000 geladenen Ehrengästen
die feierliche Sitzung des Senats des neuen Präsi-
dents des Obersten Gerichtshofs statt, der nun fast voll-
endet ist und etwa 10 Millionen Dollar kosten wird. Bei
dieser Gelegenheit fand im Weißen Haus ein großer Em-
fang statt, bei dem nach altem Herkommen Präsident Hoover
jedem Geladenen die Hand schüttelte. Als er bereits über
1000 Hände geschüttelt hatte, konnte er nicht mehr, außer-
dem hatte er, wahrheitsgemäß durch das Einschneiden eines
Fingerrings, eine leicht blutende Wunde erhalten. Das
Schütteln wurde dann eingestellt und der Präsident zog sich
in seine Gemächer zurück.

Die Universität Pretoria afrikanisch. Vor zwei Jahren
wurde die Universität Pretoria in Transvaal gegründet.
Sie sollte „halb englisch, halb afrikanisch“ sein. Die bisherige
einzigste Universität Kapstadt ist weit überwiegend englisch.
Bald bildete sich aber in Pretoria ein Gegensatz zwischen den
Engländern und den Buren heraus, die Studenten hollän-
disch-afrikanischer Herkunft machen etwa drei Viertel der
Studentenschaft aus. Der Gegensatz verschärfte sich aufs
äußerste, als in diesem Jahr ein englischer Universitätslehrer
eine beleidigende Schrift über den Burenkrieg und die
Buren veröffentlichte. Daraufhin wurden die Engländer
entfernt und auf dem Universitätsgebäude unter ungeheurer
Jubel der Studenten und der Burenbevölkerung die Buren-
flagge gehißt. Die Universität ist jetzt afrikanisch.

Herbstausstellung der Akademie der Künste. In Berlin
wurde am Samstag unter großer Beteiligung von Künst-
lern und Vertretern der Behörden die Herbstausstellung der
Akademie der Künste von Generalmusikdirektor Professor
Mag von Schillings feierlich eröffnet.

Der erste Schnee im Schwarzwald. Der plötzliche Tem-
peratursturz in Südbaden — am Donnerstag wurden noch
15 Grad Wärme gemessen — verbunden mit anhaltenden
Regenfällen, brachte dem Hochschwarzwald in der Nacht zum
Samstag den ersten Schnee. Bis auf 1000 Meter herab liegt
eine geschlossene leichte Neuschneedecke. Bei ansteigendem
Barometer ist mit einer Verhäufung des Frostes zu rechnen.

Der Briefträgermord bei Kobelnich aufgefklärt. Der am
1. Oktober d. J. bei Kobelnich (Kreis Neumarkt, Schie-
sien) verübte Mord an dem Landbriefträger Barm ist auf-
gefklärt. Der unter dringendem Tatverdacht festgenommene
Paul Franz hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er
hat Barm aus etwa 50 Meter Entfernung aus einem Hin-
terhalt im Wald mit einem Militärgewehr erschossen. Er
will aus Rache gehandelt haben. Sein Bruder Heinrich ist
wegen Verdachts der Begünstigung festgenommen worden.

Stützige Mailand—Turin. Die italienischen Staatsbahnen
haben auf der Strecke Mailand—Turin je zwei Waggons täglich
angeführt, nachdem 300 Kilometer Gleise ausgemacht und viele
andere Verbesserungen der Bahnlinie durchgeführt waren. Die
Züge legen die Strecke in 103 Minuten zurück, während die
Schnellzüge bisher 140 Minuten brauchten.

Schwäbische Spruchweisheit

Under allem ist Beitrag, bloß onder dr Milch ist Wasser.
Wer moit oft von oim, r sei zeit, ond r ist bloß gschwolle.
Mit Gewalt fa' mr en Igel stode.
Wear en andre jagt, wird au miad.
E alte Ruah vergißt, daß je au e Kalb gwea ist.
De arme Leut zahlet an, wenn je Geld hent.
Wem Gott ein Amt gibt, dem nimmt er oft den Ber-
hand.
Net gschosse ist au gschilt.
Wenn r zahle muoß, bricht em Baure s Herz.
Besser e Laus em Kraut als gar toi Flossch.
Wenn dr Bettelma' uf de Gaul kommt, no reitet r eh-
n taot.
Hihig ist et wihig.
De kleine Dieb sperrt mr ei', ond vor de grooße zieht
mr de Huat rab.
Mr fa' et alle Bergele ebe mach.
Wear bei dr Höll wohnt, muoß mit em Teufel guat
Kreund sel.
Mit em e Löffel voll Honig fangt mr meah Muske als
mit em e Fraß voll Essig.
Wear sich no nie g'irrt hot, hot no net viel grednet.
Wear en dr Jugend net tobt, tobt em Alter.
Biel Köp, viel Unfann.
E jedweds Häusle hot sein Kreuzstod.
Alle Liebe rostet nicht, aber schimmelig fa' je werde.
D Zeite jend net schlecht, aber d Leut.
De alte Leut müasiet sterbe, de junge fa's au passiere.
Mr soll d Kosterloier et schaa am Karfreitag esse.
D, o ist no, bis glüchd ist.
Mit zwei zornige Weiber fa' mr adere.
Es weint jette einer, wo net e anderer lacht.
Wenns dich judt, dann fray dich und nicht mid.
Wear alle Staude ausweiche will, kommt nie en Wald.
Cier in dr Pfann werdet keine junge Henne.
Dr Jud besinnt sich vor em Handel, der Schweizer
untrem Handel, dr Schwab nach em Handel.
Em e baile Hond muoß mr zwei Stücke Brot gea.
's ist überall vor em Hemmel auße.

Letzte Nachrichten

Schwerer Autounfall des Filmschauspielers Fritz Kampers
Berlin, 16. Okt. In den heutigen frühen Morgenstunden
sind im Westen der Stadt vier Automobile zusammengestoßen.
Dabei wurde der 41 Jahre alte Filmschauspieler Fritz Kampers
schwer verletzt. Nach der 31 Jahre alte Führer eines anderen
Wagens trug schwere Verletzungen davon. Die beiden Verun-
glückten sind in ein Krankenhaus geschafft worden.

Zusammenstoß in Dortmund. — 2 Tote, 12 Schwerverletzte
Dortmund, 16. Okt. Etwa 400 uniformierte Nationalsozia-
listen durchzogen Dortmund und verteilten unter der dortigen
Arbeiterbevölkerung Wahlzettel. Gegen 10 Uhr wurden sie von
Komunisten angegriffen, mit Steinen beworfen und auch ge-
schossen. Die Polizei konnte die Streitenden trennen. Etwas
später kam es dann in der Bornstraße wieder zu Zusam-
menstößen zwischen nationalsozialistischen Zettelverteilern und Kom-
munisten. Die Polizei mußte die Streitenden mit der Schuß-
waffe und dem Gummi-Knüppel trennen. Nach den
bisherigen Feststellungen wurden ein Nationalsozialist und eine
unbeteiligte Frau getötet, verletzt wurden 12 Personen schwer,
darunter ein Polizeibeamter.

Politische Zusammenstöße in Wien. — 4 Tote.
Wien, 16. Okt. Als heute Vormittag ein nationalsozialisti-
scher Demonstrationzug an dem im Wiener Arbeiterort
Soemering gelegenen sozialdemokratischen Verbandshaus vor-
beimarschierte, wurde er aus dem Parteihaus heraus beschossen.
Es kam zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten zu
schweren Zusammenstößen, worauf die Polizei das ganze Viertel
absperrte, am Zugang fernzuhalten. Insofern wurden ein Poli-
zeiinspektör und drei Nationalsozialisten getötet, etwa 15 Per-
sonen, zum größten Teil Nationalsozialisten, wurden mehr oder
weniger erheblich verletzt. Die Polizei verhaftete im Verbands-
haus 45 Schusswunden und beschlagnahmte 70 Gewehre.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich. — 7 Tote
Paris, 17. Okt. Sonntag abend fuhr unweit der Bahnhof
Cérences (Departement Manche) ein vollbesetzter Personenzug
in höchster Geschwindigkeit auf einen rangierenden Güterzug auf.
Die ersten Wagen des Personenzuges und mehrere Wagen des
Güterzuges wurden buchstäblich zertrümmert. Sieben Reisende,
5 Männer und 2 Frauen, wurden als Leichen geborgen. 15 Rei-
sende wurden schwer verletzt.

Sektorbene: Wilhelmine Vuh Witwe geb. Maier, 54 Jahre,
Wittensweiler / Wilhelmine Holz Witwe geb. Fi-
scher, 65 J. Wildbad / Luise Hahn geb. Eckerodt,
Wildbad / Gabriele Kingle geb. Delsouagne, 54 Jahre,
Kellingen.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten



Turnen, Spiel Sport



Tagung des Fußballbundes

Das Berufsspielerturnen wird eingeführt — Wiederwahl des Vorstandes — Der Bundespokal bleibt

In Anwesenheit von Vertretern aller Landesverbände nahm in Wiesbaden der Bundestag des Deutschen Fußballbundes einen überaus glatten Verlauf. Als wichtigstes Ergebnis der Beratungen ist die Erklärung anzusehen, welche der Bundesvorstand dem Eintritt in die Tagesordnung gab. In dieser Erklärung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Bund der Entwicklung des Fußballsports in Deutschland und im Ausland Rechnung tragend, sich entschlossen habe, der Einführung des Berufsspielerturnens in Deutschland nicht mehr entgegen zu treten, sondern sich vielmehr selbst die Leitung und Kontrolle des Profifußballsports vorzubehalten. Es sollen in aller nächster Zeit die nötigen Schritte unternommen werden, diesen Plan in die Tat umzusetzen. Von der Versammlung wurde dieser Beschluß ohne Widerspruch gutgeheißen. Weiter wurde beschlossen, daß die Spiele um den Bundespokal auch in Zukunft beibehalten werden sollen. Der Vertrag mit der Deutschen Turnerschaft soll einige Änderungen erfahren. Die Wahlen brachten im großen und ganzen die Wiederwahl des alten Vorstandes, auch Vereinsauschuss und Bundesgericht bleiben wie bisher besetzt.

Süddeutsche Fußballmeisterschaft

Es hat sich schließlich — Wieder unerwartete Ertracuisse

Mit 39 von 40 möglichen Bezirksvereinen fante am 16. Oktober die Rüdfrunde in allen Gruppen mit vollen Segeln ein. So gab auch wieder einige große Ueberraschungen, und was noch bedeutender ist, einige Klärungen. Man kann jetzt in einigen Gruppen schon sehen, wie die in bald zu erwartenden Entscheidungen ausfallen werden.

In Baden und Württemberg nahmen die Spiele ganz allgemein den erwarteten Ausgang und ähnelten in der Tabelle nicht viel. Stuttgarter Kickers, VfB Stuttgart und Union Bödingen führen weiter mit gleicher Punktzahl von je 15:5. Der Titelverteidiger FC. Pforzheim folgte mit einem Punkt Abstand. Von den Favoriten fielen der VfB. mit 5:0 über Brötzingen, Union über Ehlingen mit 5:2, während die Kickers in Gmünd viel härteren Widerstand als seinerzeit in Degetloch gegen die Normanna fanden, mit 3:0 geschlagen zog sich die Normanna ganz anständig aus der Waise. Knapper als erwartet ging es in Birkfeld zu, wo der FC. Pforzheim seinen 2:0-Sieg erst in den letzten Spielminuten über baute. Dem VfB. Feuerbach glückte die Revanche gegen den SSC. mit 2:1. — In Baden hat der Karlsruher FC. seinen Vorsprung vor Pforzheim etwas vergrößern können, da Pforzheim in Offenburg nur zu einem 1:1 kam, während der VfB. jubaue über den Tabellenzweiten Karlsruher 2:0 siegte. Mit einem ähnlich hohen Ergebnis nahm der VfB. Karlsruhe auf eigenem Platz an dem Freiburger FC. mit 4:1 Besiegung, während VfB. Schramberg gegen den FC. Rühlburg nur zu einem Unentschieden mit 1:1 kam. Die Schwarzwälder rangierten sich damit in der Tabelle aber doch um einen Platz weiter nach vorne. — In Südbaden trübte der FC. Ulm 94 wieder an seine Hochform an. Er siegte in München mit 5:1 gegen Wacker. Die führenden Münchener Bayern führten sich in Augsburg die Punkte nur knapp mit 2:1, München 1899 verteidigte seinen knappen Vorsprung als Zwei-

ter vor Ulm 94 durch einen 2:0-Sieg über Teutonia. — In Nordbaden siegte der FC. Kärnberg über den Tabellenritten VfR. Hirsch überraschend glatt mit 5:0. Dagegen konnte die SpVgg. Hirsch in Würzburg gegen den FC. 04 nur knapp mit 4:3 gewinnen.

Süddeutsche Verbandsspiele

Gruppe Württemberg: SpVg. Ehlingen — Union Bödingen 2:3, Normanna Gmünd — Stuttgarter Kickers 0:3, VfB. Stuttgart — Germania Brötzingen 5:0, FC. Birkfeld — FC. Pforzheim 0:2, SpVg. Feuerbach — Stuttgarter FC. 2:1.

Gruppe Baden: Karlsruher FC. — VfB. Kappel 2:0, VfB. Schramberg — FC. Rühlburg 1:1, FC. Freiburg — Franconia Karlsruhe 3:2, VfB. Karlsruhe — Freiburger FC. 4:1, FC. Offenburg — Pforzheim Karlsruhe 1:1, SpVgg. Mundenheim 2:1, VfV. Neudorf — VfR. Kaiserlautern 3:2, Pforzheim Ludwigshafen — Germ. Friedrichsdorf 5:3.

Gruppe Main: VfR. Friedberg — Eintracht Frankfurt 1:1, SpVg. Frankfurt — Kickers Offenbach 0:0, FC. Frankfurt gegen Union Niederrad 4:0, Germania Bieber — Rotweiss Frankfurt 2:1, FC. Hanau 98 — VfR. Neu-Idenburg 2:1.

Gruppe Saar: FC. 05 Saarbrücken — VfB. Saarbrücken 1:7, SpVg. Saarbrücken — FC. Idar 1:1, FC. Pirmasens — Eintracht Trier 1:2, FC. Kaiserlautern — VfB. Wöllingen 4:1.

Gruppe Hessen: VfV. Worms — Olympia Lorsch 3:0, VfV. Urberach — FC. Mainz 0:2, VfV. Kassel — Germania Worms 2:3, FC. Wiesbaden — VfV. Korbach 4:0, VfR. Lützellahn — FC. Langen 2:1.

Kreisliga

Kreis Schwarzwald: VfB. Kappel — VfB. St. Georgen 1:0, FC. Mönchweiler — FC. Billingen 0:2, SpVgg. Freudenstadt gegen VfR. Schwenningen 0:1, FC. Schwenningen — SpVg. Spaltingen 3:0, FC. Donauschingen — SpVgg. Troffingen 1:7.

Kreis Saar: VfB. Tullingen — Blumenthal 3:2, FC. Konstantz — VfR. Konstantz 3:0, FC. Elmgen — FC. Wollmatingen 1:1, SpVg. Neulitz — Elmgen 3:5, SpVgg. Waldobrunn — FC. Gollmatingen 4:3.

Kreis Oberrhein: VfV. Rühlburg — FC. Göttingen 1:2, FC. Büchenbrunn — FC. Pforzheim 1:2, VfV. Büchenfeld gegen VfV. Ensbach 0:0, VfR. Pforzheim — FC. Elmgen 2:0, FC. Elmgen — VfV. Ensbach.

SpVgg. 03 Tübingen — Stuttgarter Kickers 7:1, VfV. Eintracht — VfB. Stuttgart 4:1, VfB. Juffenhäuser — SpVg. Tübingen 5:7.

Turner-Sport

Schwäbische Meisterklasse

VfV. Georgi Stuttgart — VfB. Cannstatt 4:5, VfV. Stuttgart gegen Stuttgarter FC. 4:3, VfB. Cannstatt — VfB. Stuttgart 6:2, FC. Ehlingen — Eintracht TSK. 7:7, VfV. Holzheim gegen VfV. Göttingen 4:4, VfV. Ehlingen — VfV. Göttingen 3:4, VfV. Schura — VfV. Freudenstadt 9:7, VfV. Schwenningen gegen VfB. Schramberg 4:3, VfV. Heilbronn — VfV. Feuerbach 2:1, VfV. Sonthausen — VfV. Juffenhäuser 2:7, VfV. Ravensburg gegen VfV. Sonthausen 7:6, VfV. Sonthausen — VfV. Ravensburg 3:4.

Amtliche Bekanntmachung

Entwässerung auf Markung Bödingen

Der Gemeinderat Bödingen hat die Errichtung einer Wassergenossenschaft zu einer Entwässerung (Drainage) in den Gewänden: „Haberwiesen, obere Blachen und Riet“ der Markung Bödingen beantragt. Der vom Kulturbauamt Keutzingen entworfene Plan ist von der Zentralstelle für die Landwirtschaft zur Abstimung zugelassen worden, nachdem das Unternehmen als für die Bodenkultur nützlich und der Plan im ganzen als zweckmäßig und ausführbar erkannt worden ist.

Gemäß Artikel 88 des Wassergesetzes wird Tagfahrt zur Abstimmung über den Antrag, zur Beratung der Satzung und Wahl des Genossenschaftsvorstands auf Donnerstag, den 24. November 1932, nachm. 12 Uhr im Rathaus in Bödingen anberaumt.

Zu dieser Tagfahrt werden die beteiligten Grundeigentümer oder ihre Vertreter eingeladen, wer bei dieser Tagfahrt weder selbst erscheint, noch sich durch einen Bevollmächtigten vertreten läßt, gilt als zustimmend zu dem beantragten genossenschaftlichen Unternehmen und ist von der Teilnahme an der Wahl der Vertreter desselben ausgeschlossen. Ein Einspruch oder eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen diese gesetzliche Folge des Ausbleibens findet nicht statt.

Etwas nicht bereits angemeldete Ansprüche auf Freilassung von der Teilnahme an dem Unternehmen oder auf Teilnahme daran, die aus Artikel 84 Absatz 2 und 3 oder Artikel 85 Absatz 1 des Wassergesetzes abgeleitet werden, sind innerhalb der Ausschlussfrist von zwei Wochen — vom Erscheinen dieses Blattes an gerechnet — bei dem Bürgermeisteramt oder bei dem Oberamt geltend zu machen.

Der Plan des Unternehmens mit den dazu gehörigen Unterlagen ist von heute bis zur Tagfahrt zu jedermanns Einsicht auf dem Rathaus in Bödingen aufgelegt.

Nagold, den 15. Oktober 1932. 1064
Oberamt: Baitinger.

„Alte Bücher“
zum Neubinden
G. W. Zaiser, Nagold

Deute ab 4 Uhr
Tanz-Unterhaltung
1932 höflich einladet
Chr. Leig z. Traube Kapelle Beck.

Nur **80** Pfg.

Weltstimmen
Die prächtige, bilderreiche Monatschrift, die Sie alle Bewegungen, Äußerungen, Ideen und Fragen des geistigen Lebens miterleben läßt.
Jeden Monat ein Heft zu 80 Pfg.

„Ich bin von den Weltstimmen ehrlich begeistert! Das ist in der Tat aufbauende Literaturbetrachtung, und zwar von solcher Lebendigkeit des Wortes und Bildes, daß kein zweites Land Europas eine ähnlich schöne Publikation aufweisen dürfte.“
Fred A. Angermayer.

Franckh
Abonnements bei
G. W. ZAISER, Buchhandlung, NAGOLD.

Nagold, den 15. Okt. 1932
Dankfagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben, treubestorgten und unvergesslichen Vaters, Bruders und Schwagers
Hermann Luz
Schreinermeister und Wirt zur „Eisenbahn“
erfahren durften, insbesondere für die im Namen der Schreinerinnung, des Militärvereins, der Diogenenabende, in ergebender Weise ausgesprochenen ehrenvollen Nachrufe, sowie für den erhebenden Gesang des Vierter- und Sängerkranzes und die zahlreiche Beileidbegleitung sagen herzlichsten Dank
die trauernden Hinterbliebenen

Sämtliche **Funk-Zeitschriften**
Illustr. Zeitschriften
Moden-Zeitungen
Bücher
durch
G. W. Zaiser Nagold.

Ab Fabrik
Winterjapanschliffe p. m. 3,50
Damenmantelschliffe p. m. 2,00
Strichschleife per Pfund 2,50
Zuschneid. Tischdecken. Dpl.
Stücker auf Wunsch.
185
Anmeldung jederzeit
G. W. Zaiser, Buchhdlg.

Hautjucken,
Juckende Hautausschläge bringen die davon Betroffenen nicht selten zur Verzweiflung. Ein probates Mittel, gegen diese Beschwerden, ist **Dr. Schmitt's Hautmittel**. Es ist ein wirkungsvolles, schmerzloses, nicht giftiges Mittel, das die Haut beruhigt und die Juckreizstoffe entfernt. Es ist in jeder Apotheke zu haben.
In Nagold: In der Apotheke u. bei W. Zaiser, Drogerie. 655

Empfehle erstklassige
Zafeläpfel, Birnen
mit **Filderkraut**.
Speisekarotten
zu billigen Preisen
Redi-Lächler. 1067

Der gebrauchsfertige
Raupenleimring

D.R.P. 499 989
zu M. 1.25, ausreichend für ca. 15 Bäume
ist vorrätig bei
G. W. Zaiser, Nagold

Sommer-Sprossen

werden, auch in hartnäckigen Fällen, in wenig Tagen unter Zuhilfenahme des bewährten **Leimring** beseitigt.
„Zuckerderma“
besteht aus 100% Zucker. Größe B. 2,50, Größe M. 3,50, Größe L. 4,50, Größe XL. 5,50, Größe XXL. 6,50, Größe XXXL. 7,50.
Apotheke Th. Schmid. 1068